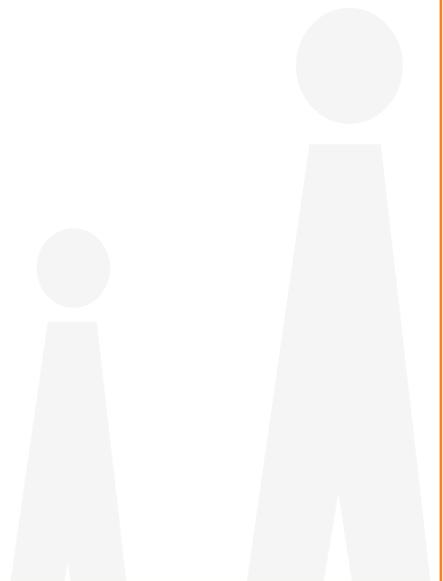




# Jahresbericht 2005/2006



FORSCHUNGS  
ZENTRUM  
GENERATIONEN  
VERTRÄGE



# **Jahresbericht 2005/2006**

Forschungszentrum Generationenverträge  
und Institut für Finanzwissenschaft I  
der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

© 2006 Forschungszentrum Generationenverträge, Freiburg

Verantwortlich: Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen

Umschlagsgestaltung: [www.cc-werbeagentur.de](http://www.cc-werbeagentur.de)

Das Werk einschließlich aller Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Forschungszentrums Generationenverträge unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

# Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung .....	1
2	Entwicklungen im Personalbereich .....	4
3	Finanzielle Ausstattung .....	6
4	Lehre .....	13
5	Forschung.....	16
6	Publikationen .....	54
7	Auslandsaufenthalte und Konferenzen.....	58
8	Fachreferate und Politikberatung .....	59
9	Medienpräsenz .....	60
10	Ausblick.....	63



# 1 Einleitung

Kurz vor der Bundestagswahl im September 2005 erschien der erste Jahresbericht des Forschungszentrums Generationenverträge. Zum damaligen Zeitpunkt lieferten sich die beiden großen Parteien ein Kopf-an-Kopf-Rennen, dessen Ausgang ungewiss war. Gewissheit herrschte allerdings im Hinblick auf die zentralen Aufgabenstellungen der neuen Bundesregierung.

Neben dem allgegenwärtigen Problem der hohen Arbeitslosigkeit kristallisierten sich im damaligen Wahlkampf die Reform der gesetzlichen Krankenversicherung sowie des Steuersystems als zentrale Themen der Legislaturperiode heraus. Auch wurde allen vergangenen Ankündigungen zum Trotz über die kommenden Reformschritte in der gesetzlichen Rentenversicherung diskutiert. Damit einher ging die Diskussion über die zukünftige Weichenstellung im Bereich der betrieblichen und privaten Altersvorsorge. Schließlich war damit zu rechnen, dass ein neuer Anlauf zur Reform des Föderalismus unternommen wird.

So uneinig wie sich die Parteien im Hinblick auf die Konzepte zur Lösung dieser Problemfelder präsentierten, so uneinig zeigten sich auch die Wähler im Hinblick auf die Frage, wem sie eine Lösung am ehesten zutrauten. Wenig verwunderlich mündete die Bundestagswahl 2005 schließlich in einer großen Regierungskoalition. Trotz der Lehren der Vergangenheit verband sich mit dieser neuen Bundesregierung unter Führung der Bundeskanzlerin Angela Merkel die

Hoffnung auf eine große Koalition der Vernunft, welche vorliegende Lösungskonzepte aufgreift und zügig in die Tat umsetzt.

Stattdessen tritt auch die Regierung Merkel auf den zentralen Problemfeldern unseres Landes auf der Stelle. Exemplarisch sei hier auf die kürzlich beschlossene Gesundheitsreform verwiesen. Hierbei wurde eine einmalige Chance vertan. Und dies, obwohl angesichts des schwarz-rot-goldenen Freudentaumels über die Darbietungen der deutschen Fußballnationalmannschaft kaum mit einem empörten Aufschrei des Wahlvolkes zu rechnen gewesen wäre. Doch im Gegenteil. Wie in der Vergangenheit wurde, frei nach Sepp Herberger, ein Kompromiss nach dem Motto „Nach der Reform ist vor der Reform“ gestaltet. Während noch zum Ende des Jahres 2005 ein Sturm der Entrüstung seitens des Bundesgesundheitsministeriums in Anbetracht der von einzelnen Kassen angekündigten Beitragsatz-erhöhungen losgebrochen war, wurden diese nun als Teil des Reformpakets beschlossen. Und auch im Hinblick auf den viel diskutierten Gesundheitsfonds ist nicht zu erkennen, wie dieser zur Problemlösung im Gesundheitswesen beitragen soll.

Der nun vorliegende zweite Jahresbericht des Forschungszentrums Generationenverträge für das Berichtsjahr 2005/ 2006 soll wie im vorangegangenen Jahr in erster Linie über die in diesem Zeitraum geleistete Forschungs-, Lehr- und Publikationstätigkeit des Forschungszentrums und seiner Mitarbeiter informieren.

Gleichzeitig soll dieser Leistungs- und Rechenschaftsbericht Interessenten aus Wissenschaft, Politik und Praxis einen Überblick über die laufenden und abgeschlossenen Forschungsvorhaben

bieten und diesen die Möglichkeit eröffnen, sich über aktuelle Forschungsergebnisse zu informieren, ihrerseits die laufenden Forschungsvorhaben zu unterstützen, sowie zukünftige Forschungsvorhaben zu initiieren. Darüber hinaus ist der Jahresbericht auch Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Forschungszentrums und soll der interessierten Allgemeinheit einen Überblick über die Beiträge des Forschungszentrums Generationenverträge zur aktuellen Diskussion über Konzeptionen zur Reform der sozialen Sicherungssysteme, des Steuersystems und des föderalistischen Systems in Deutschland bieten.

Schließlich soll dieser Jahresbericht auch den Dank für die finanzielle und ideelle Unterstützung ausdrücken, welche die Tätigkeit des Forschungszentrums in der Vergangenheit seitens der Wirtschaft, öffentlicher Verbände und Institutionen, und im Besonderen durch die Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und das Land Baden-Württemberg erfahren hat.

## 2 Entwicklungen im Personalbereich

Wie bereits in den vergangenen Jahren ergaben sich aufgrund der natürlichen Fluktuation Veränderungen im Mitarbeiterstab des Forschungszentrums.

Zu Beginn des Sommersemesters 2006 hat unser langjähriger Mitarbeiter Dirk Mevis das Forschungszentrum verlassen. Herr Mevis zog es zurück in seine Heimat nach Luxemburg, wo er eine Stelle an der dortigen Zentralbank angetreten hat.

Aus dem Kreise der wissenschaftlichen Hilfskräfte haben Lara Slawik und Johannes Schoder das Forschungszentrum im Berichtszeitraum verlassen. Nach erfolgreichem Abschluss ihres Grundstudiums hat Frau Slawik sich dazu entschieden, ihr Studium der Volkswirtschaftslehre zum Wintersemester 2005/2006 an der Humboldt Universität Berlin fortzusetzen. Herr Schoder befindet sich nach erfolgreichem Abschluss seines Studiums momentan in der Entscheidungsphase für seinen weiteren Werdegang.

Wir freuen uns, mit Andreas Eberhard, Tobias Hackmann und Christoph Müller kompetente Nachfolger gefunden zu haben.

Einen Überblick über den aktuellen Mitarbeiterstab des Forschungszentrum Generationenverträge bietet die folgende Übersicht:

## Mitarbeiter des Forschungszentrums

	☎ 0761. 203 - Durchwahl	
<b>Direktor</b>		
Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen	bernd.raffelhueschen@generationenvertraege.de	- 23 53
<b>Sekretariat</b>		
Ingeborg Häfner	ingeborg.haefner@generationenvertraege.de	- 23 54
<b>Assistenten</b>		
Emily Phuong Dang	emily.dang@generationenvertraege.de	- 92 36
Dr. Oliver Ehrentraut	oliver.ehrentraut@generationenvertraege.de	- 92 26
Dr. Stefan Fetzer	stefan.fetzer@generationenvertraege.de	- 92 28
Jasmin Häcker	jasmin.haecker@generationenvertraege.de	- 23 55
Christian Hagist	christian.hagist@generationenvertraege.de	- 92 41
Matthias Heidler	matthias.heidler@generationenvertraege.de	- 23 56
Pascal Krimmer	pascal.krimmer@generationenvertraege.de	- 23 57
Stefan Moog	stefan.moog@generationenvertraege.de	- 92 38
Jörg Schoder	joerg.schoder@generationenvertraege.de	- 92 37
Olaf Weddige	olaf.weddige@generationenvertraege.de	- 92 29
<b>Wissenschaftliche Hilfskräfte</b>		
Raluca Buiac	raluca_b@web.de	- 92 14
Andreas Eberhard	andraseberhard@hotmail.com	- 92 14
Friedrich Fichtner	f.fichtner@gmx.de	- 92 14
Tobias Hackmann	tobiashackmann@gmx.de	- 92 14
Laura Ibelshäuser	laura.ibelshaeuser@vwl.uni-freiburg.de	- 92 14
Klaus Kaier	klaus.kaier@vwl.uni-freiburg.de	- 92 14
Arne Leifels	arnsen@aol.com	- 92 14
Christoph Müller	dos-peilos@gmx.de	- 92 14
Wolf von Rotberg	wolf.rotberg@vwl.uni-freiburg.de	- 92 14

### 3 Finanzielle Ausstattung

Im Durchschnitt der vergangenen Jahre wurden das Forschungszentrum Generationenverträge und das Institut für Finanzwissenschaft I zu etwa zwei Dritteln aus Haushaltsmitteln des Landes und der Universität getragen und zu etwa einem Drittel durch externe Geldgeber.

Da der Zufluss an Drittmitteln aus der Wirtschaft und den Verbänden jedoch von den aktuellen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen abhängig ist und somit im Zeitablauf schwankt, kann hierdurch keine ausreichende finanzielle Planungssicherheit über einen längeren Zeitraum gewährleistet werden. Dies umso mehr, da die durch Drittmittelgeber finanzierten Projekte zumeist nur auf einen kurz- bis mittelfristigen Planungshorizont von ein bis zwei Jahren ausgelegt sind.

Darüber hinaus sind Drittmittelgeber in der Regel an den für die „Praxis“ relevanten Themen, und somit an anwendungs- und ergebnisorientierten Forschungsvorhaben interessiert. Investitionen in das methodische Fundament der anwendungsorientierten Forschungstätigkeit erfordern somit in der Entwicklungsphase die finanzielle Unterstützung aus anderen Quellen. Nicht zuletzt erfordert aber auch die Freiheit der Forschung selbst ein gewisses Maß an finanzieller Unabhängigkeit. Erst hierdurch ist es möglich, sich im Rahmen der Forschungstätigkeit mit Fragestellungen auseinander zu setzen, die nicht von direkter praktischer Relevanz sind aber dennoch

zum Verständnis der ökonomischen Prozesse während des demografischen Übergangs beitragen.

In der Vergangenheit haben das Land Baden-Württemberg und die Universität Freiburg einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung der finanziellen Unabhängigkeit des Forschungszentrums Generationenverträge geleistet. Darüber hinaus ist die finanzielle Planungssicherheit des Forschungszentrums insbesondere durch die seit dem Jahr 2004 zusätzlich bereitgestellten Mittel der Universität und des Landes auch in den kommenden Jahren gesichert. Inwiefern und in welchem Umfang dieses, zunächst bis zum Jahr 2009 befristete, verstärkte finanzielle Engagement des Landes und der Universität in Anbetracht der öffentlichen Haushaltslage auch zukünftig fortgesetzt werden kann, ist zum heutigen Zeitpunkt allerdings nicht abzusehen.

Um für das Szenario eines geringeren finanziellen Engagements der öffentlichen Hand gerüstet zu sein, hat das Forschungszentrum Generationenverträge im Jahr 2005 einen Förderverein ins Leben gerufen. Der *Verein des Forschungszentrums Generationenverträge e.V.* ist eine gemeinnützige Organisation, dessen Finanzierung über jährliche Mitgliedsbeiträge erfolgt. Diese werden dazu verwendet, um gezielt Projekte des Forschungszentrums Generationenverträge zu stützen und zu fördern. Die nachfolgenden Übersichten bieten einen Überblick über die finanzielle Ausstattung des Forschungszentrums Generationenverträge und des Instituts für Finanzwissenschaft I im laufenden sowie einen Ausblick auf das kommende Berichtsjahr:

<b>Gesamte finanzielle Ausstattung 2005</b>		646.498,- €
davon:		
<b>1. Haushaltsmittel des Landes und der Universität</b>		<b>478.337,- €</b>
davon:		
<b>1.1 Lehrstuhlmittel</b>		<b>265.494,- €</b>
1.1.1 Personal <sup>1)</sup>		
1 Planstelle C4		ca. 95.000,- €
1 Planstelle BAT VIb/VIIa inkl. Sozialabgaben		ca. 34.000,- €
2 Planstellen BAT IIa inkl. Sozialabgaben		ca. 118.000,- €
Wissenschaftliche Hilfskräfte inkl. Sozialabgaben		13.033,- €
1.1.2 Sachmittel		5.461,- €
<b>1.2 Befristete Mittel aus Bleibeverhandlungen</b>		<b>212.843,- €</b>
1.2.1 Personal <sup>1)</sup>		
2,5 Planstellen BAT IIa inkl. Sozialabgaben		ca. 147.200,- €
Wissenschaftliche Hilfskräfte inkl. Sozialabgaben		29.967,- €
1.2.2 Sachmittel		35.676,- €
<b>2. Drittmittel</b>		<b>168.161,- €</b>
<b>Verwendete Drittmittel</b>		<b>Drittmittelzufluss</b>
2004	2005	
170.868,- €	176.634,- €	168.161,- €

\*<sup>1)</sup> Die angegebenen Kosten für Planstellen orientieren sich an den Richtsätzen der Deutschen Forschungsgemeinschaft für 2005.

<b>Gesamte finanzielle Ausstattung 2006</b>		<b>750.952,- €</b>
davon:		
<b>1. Haushaltsmittel des Landes und der Universität</b>		<b>467.200,- €</b>
davon:		
<b>1.1 Lehrstuhlmittel</b>		<b>265.494,- €</b>
1.1.1 Personal <sup>1)</sup>		
1 Planstelle C4		ca. 95.000,- €
1 Planstelle BAT Vlb/Vlla inkl. Sozialabgaben		ca. 34.000,- €
2 Planstellen BAT Ila inkl. Sozialabgaben		ca. 118.000,- €
Wissenschaftliche Hilfskräfte inkl. Sozialabgaben		13.033,- €
1.1.2 Sachmittel		5.461,- €
<b>1.2 Befristete Mittel aus Bleibeverhandlungen</b>		<b>201.706,- €</b>
1.2.1 Personal <sup>1)</sup>		
2,5 Planstellen BAT Ila inkl. Sozialabgaben		ca. 147.200,- €
Wissenschaftliche Hilfskräfte inkl. Sozialabgaben		29.967,- €
1.2.2 Sachmittel		24.539,- €
<b>2. Drittmittel</b>		<b>283.752,- €</b>
<b>Verwendete Drittmittel</b>	<b>Drittmittelzufluss<sup>2)</sup></b>	
	2005	2006 <sup>2)</sup>
	176.634,- €	176.668,- €
		283.752,- €

\*<sup>1)</sup> Die angegebenen Kosten für Planstellen orientieren sich an den Richtsätzen der Deutschen Forschungsgemeinschaft für 2006.

\*<sup>2)</sup> Stand: Juli 2006.

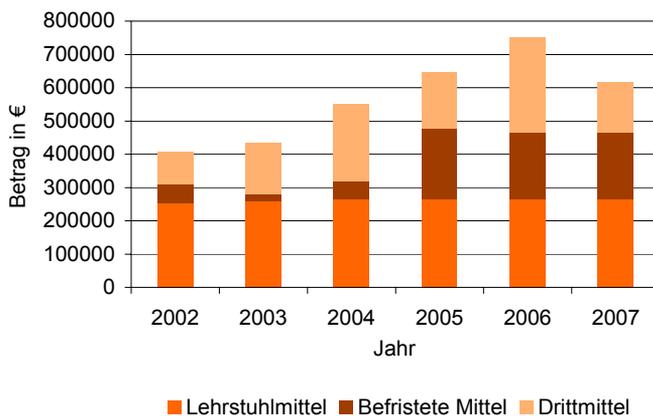
<b>Gesamte finanzielle Ausstattung 2007</b>		617.169,- €
davon:		
<b>1. Haushaltsmittel des Landes und der Universität</b>		<b>467.200,- €</b>
davon:		
<b>1.1 Lehrstuhlmittel</b>		<b>265.494,- €</b>
1.1.1 Personal <sup>1)</sup>		
1 Planstelle C4		ca. 95.000,- €
1 Planstelle BAT Vlb/Vlla incl. Sozialabgaben		ca. 34.000,- €
2 Planstellen BAT Ila incl. Sozialabgaben		ca. 118.000,- €
Wissenschaftliche Hilfskräfte incl. Sozialabgaben		13.033,- €
1.1.2 Sachmittel		5.461,- €
<b>1.2 Befristete Mittel aus Bleibeverhandlungen</b>		<b>201.706,- €</b>
1.2.1 Personal <sup>1)</sup>		
2,5 Planstelle BAT Ila incl. Sozialabgaben		ca. 147.500,- €
Wissenschaftliche Hilfskräfte incl. Sozialabgaben		29.967,- €
1.2.2 Sachmittel		24.539,- €
<b>2. Drittmittel</b>		<b>149.969,- €</b>
<b>Verwendete Drittmittel</b>	<b>Drittmittelzufluss <sup>2)</sup></b>	
	2006 <sup>2)</sup>	2007 <sup>1)</sup>
	176.668,- €	187.879,- €
		149.969,- €

\* <sup>1)</sup> Die angegebenen Kosten für Planstellen orientieren sich an den Richtsätzen der Deutschen Forschungsgemeinschaft für 2006.

\* <sup>2)</sup> Stand: Juli 2006.

In kondensierter Form bieten die nachfolgenden Abbildungen nochmals einen grafischen Überblick über die Entwicklung der finanziellen Gesamtausstattung im Zeitablauf, sowie die jeweiligen Anteile öffentlicher Mittel bzw. Drittmittel an der Finanzierung des Forschungszentrums und des Instituts für Finanzwissenschaft I:

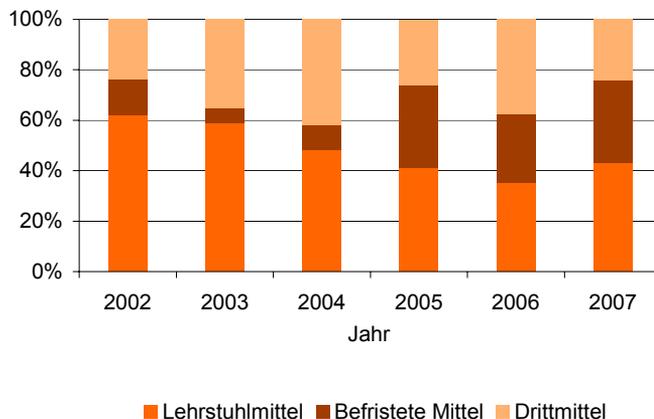
Abbildung 1: Finanzielle Gesamtausstattung



Wie anhand der Übersicht und den Abbildungen ersichtlich, hat sich die Drittmittelausstattung von etwa zwanzig Prozent im Jahre 2002 stetig auf etwas über vierzig Prozent im Jahre 2004 erhöht. Durch die zusätzlich bereitgestellten Mittel hat sich die Beteiligung des Landes und der Universität an der Finanzierung des Forschungszentrum ab dem Jahr 2005 wiederum erhöht. Neben der stärkeren Beteiligung des Landes und der Universität an der Finanzierung des Forschungszentrums erklärt sich der reduzierte Drittmittelanteil des Jahres 2005 im Vergleich zu den Vorjahren aus dem verspäteten und erst zu Beginn des Jahres 2006 erfolgten Zahlungseingang eines Dritt-

mittelgebers. Der hierdurch gestiegene Zufluss an Drittmitteln im Jahr 2006 spiegelt sich auch in einem deutlich höheren Drittmitteleanteil von annähernd 40 Prozent wider. Zieht man den Durchschnitt der Jahre 2005 und 2006 heran, so hat sich das Forschungszentrum Generationenverträge im Berichtszeitraum zu etwa einem Drittel aus Mitteln von Dritten und zu etwa zwei Dritteln aus öffentlichen Mitteln finanziert.

Abbildung 2: Anteile an der finanziellen Gesamtausstattung



Schließlich ist der vergleichsweise geringe Zufluss an Drittmitteln im Jahr 2007 darauf zurückzuführen, dass dieser nur die mittelfristigen Projekte abdeckt, bei denen bereits heute entsprechende Zahlungseingänge vereinbart sind. Da die kurzfristigen Projekte in der Summe einen Umfang von etwa zwei Fünfteln zum Drittmittelezufluss der vergangenen Jahre beisteuerten, ist allerdings davon auszugehen, dass der Drittmitteleanteil der vergangenen Jahre auch im kommenden Jahr erreicht wird.

## 4 Lehre

Neben der Forschung sind das Forschungszentrum Generationenverträge und das Institut für Finanzwissenschaft I durch die Anbindung an die Wirtschafts- und Verhaltenswissenschaftliche Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg auch in die laufende Lehre eingebunden. Aufgrund der anwendungsorientierten Forschungstätigkeit, der Medienpräsenz sowie der politischen und gesellschaftlichen Beratertätigkeit ist das Forschungszentrum Generationenverträge in der Lage, eine wissenschaftlich fundierte und praxisnahe Ausbildung in der Finanzwissenschaft, dem Gebiet der sozialen Sicherung und der finanzwissenschaftlichen Steuerlehre als Teil des Diplomstudiengangs Volkswirtschaftslehre zu gewährleisten. Darüber hinaus wird das Lehrangebot des Forschungszentrums Generationenverträge auch von Studenten anderer Fakultäten bzw. Studiengänge genutzt, die das Fach Finanzwissenschaft als Nebenfach belegen. Nicht zuletzt findet die Stellung des Forschungszentrums Generationenverträge und des Instituts für Finanzwissenschaft I in der Lehre ihren Ausdruck, neben dem Angebot an Lehrveranstaltungen, auch in den zahlreichen Anfragen zur Anfertigung einer Diplomarbeit seitens der Studierenden, denen in der Vergangenheit stets entsprochen werden konnte.

Die nachfolgenden Abschnitte bieten einen Überblick über die im abgelaufenen Berichtsjahr angebotenen Lehrveranstaltungen, sowie

eine Übersicht über die in diesem Zeitraum betreuten und abgeschlossenen Diplomarbeiten.

## 4.1 Lehrveranstaltungen

### Sommersemester 2006

**Alterssicherung** (Vorlesung mit begleitender Übung)

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Matthias Heidler, Stefan Moog, Olaf Weddige)

**Finanzwissenschaft II** (Vorlesung mit begleitender Übung)

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Emily Phuong Dang, Jörg Schoder)

**Soziale Sicherung** (Vorlesung mit begleitender Übung)

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Dr. Oliver Ehrentraut, Dr. Stefan Fetzer, Pascal Krimmer)

**Finanzwissenschaftliches Blockseminar mit Schwerpunkt Sozialpolitik**

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Jasmin Häcker, Christian Hagist)

**Doktorandenseminar**

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen)

### Wintersemester 2005/06

**Finanzwissenschaft I** (Vorlesung mit begleitender Übung)

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Christian Hagist, Olaf Weddige)

**Finanzwissenschaftliche Steuerlehre** (Vorlesung mit begleitender Übung)

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Jasmin Häcker, Dirk Mevis, Jörg Schoder)

**Finanzwissenschaftliches Blockseminar mit Schwerpunkt Sozialpolitik**

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Dr. Oliver Ehrentraut, Dr. Stefan Fetzer, Pascal Krimmer)

**Dynamische Fiskalpolitik** (Workshop mit begleitenden Computerübungen)

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Emily Phuong Dang, Matthias Heidler)

**Doktorandenseminar**

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen)

## 4.2 Diplomarbeiten

2006

**Lucia Biedermann**

*Die kirchliche und öffentliche Zusatzversorgung auf dem Prüfstand.*

**Raluca Buiac**

*Steigende Lebenserwartung und interne Rendite der GRV - Eine Analyse mit Hilfe der Generationenbilanzierung.*

**Nils Herbold**

*Umlagefinanzierte Alterssicherung und Fertilität: Ein Überblick.*

**Tim-Markus Kaiser**

*(Gesundheits-)Sparkonten - Ein Weg aus der Krise der GKV?*

**Rolf Steingrube**

*Betriebliche Altersversorgung: Was kann Deutschland von seinen Nachbarn lernen?*

**Danela Tokic**

*Unternehmensbesteuerung: Eine Analyse der Zahl- und Traglast.*

2005

**Jan-Frederik Groth**

*Ineffizienzen und die Auswirkungen der demografischen Entwicklung - Die gesetzliche Pflegeversicherung auf dem Prüfstand.*

**Andrea Hammer**

*Eigenbeteiligung in der gesetzlichen Krankenversicherung - Eine Evaluierung des Gesundheitsbonusmodells der BKK Fahr.*

**Christian Langrock**

*Ursachen und Auswirkungen der niedrigen Fertilität in der Bundesrepublik Deutschland - eine ökonomische Analyse.*

**Hans Riedel**

*Eine finanzwissenschaftliche Analyse aktueller Vorschläge zur Steuerfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme.*

**Johannes Schoder**

*Ausgabenwachstum in der Gesetzlichen Krankenversicherung und medizinisch-technischer Fortschritt - Eine empirische Analyse.*

**Veronika Volk**

*Die Gesundheitssicherung Österreichs - Eine Analyse aus Sicht der Generationenbilanzierung.*

## 5 Forschung

Die Ausrichtung der Forschungstätigkeit orientiert sich stets am übergreifenden Ziel des Forschungszentrums Generationenverträge, nämlich der umfassenden Analyse von Reformkonzeptionen zur sozialen Sicherung in Deutschland.

Die folgende Auflistung bietet einen Überblick über die durch Publikationen unterlegten Forschungsschwerpunkte des Forschungszentrums Generationenverträge:

- Generationenbilanzierung
- Simulationsanalyse
- Rentenversicherung
- Betriebliche und private Altersvorsorge
- Gesundheitspolitik
- Steuerpolitik
- Immobilien- und Kapitalmärkte
- Föderalismus
- Soziale Grundsicherung
- Zuwanderung

Werden die methodischen Fundamente in den Bereichen der Generationenbilanzierung und der Simulationsanalyse fortlaufend aktualisiert und weiterentwickelt, so konzentriert sich die Forschungs-

tätigkeit in den thematischen Schwerpunkten momentan auf die Gesundheitspolitik und die betriebliche und private Altersvorsorge.

Die bereits seit geraumer Zeit erfolgte Konzentration der Forschung im Bereich der Gesundheitspolitik spiegelt die dringende Notwendigkeit einer grundsätzlichen Reform der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung wider. So steigen die öffentlichen Gesundheitsausgaben in Deutschland wie auch in anderen OECD-Staaten trotz zahlreicher Bemühungen der Politik stetig an. Aktuelle Forschungsergebnisse haben dabei deutlich gemacht, dass dieses Ausgabenwachstum nur in begrenztem Maße auf die Alterung der Gesellschaft zurückzuführen ist. Die zentrale Determinante dieser Entwicklung ist vielmehr der medizinisch-technische Fortschritt, der auch unabhängig vom demografischen Wandel zukünftig einen weiter steigenden Anteil der Gesundheitsausgaben erwarten lässt. Das Forschungszentrum Generationenverträge quantifiziert diese kostensteigernden Effekte des Bereichs Gesundheit und analysiert die Wirkungsweise von Reformoptionen aus Sicht der Nachhaltigkeit.

Neben der Gesundheitspolitik ist im vergangenen Berichtsjahr insbesondere der Bereich der betrieblichen und privaten Altersvorsorge stark in den Vordergrund der Forschungstätigkeit gerückt. Die gestiegene Bedeutung dieses Schwerpunktes ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass mit den erfolgten Weichenstellungen im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung die Notwendigkeit einer stärkeren individuellen Vorsorge für das Alter angestiegen ist. Entsprechend ist als Spiegelbild dieser Entwicklung das Forschungsfeld der gesetzlichen Rentenversicherung in den vergangenen Jahren

in den Hintergrund getreten. Das Forschungszentrum Generationenverträge untersucht dabei sowohl die Konsequenzen der demografischen Entwicklung für die Nachhaltigkeit bestehender Vorsorgevereinbarungen auf betrieblicher Ebene als auch die Auswirkungen einer verstärkten privaten und betrieblichen Altersvorsorge aus der volkswirtschaftlichen Perspektive.

Im Einzelnen bieten die nachfolgenden Abschnitte einen thematisch geordneten Überblick über die Forschungsaktivitäten des Forschungszentrums Generationenverträge in den Jahren 2005 und 2006. Diese lassen sich in vier Kategorien einteilen:

- Dissertationen
- konkrete Forschungsvorhaben
- Gutachten
- sonstige Projekte.

Dissertationen sind der Ausdruck der gesamten Forschungstätigkeit eines einzelnen Mitarbeiters im Laufe seiner Zugehörigkeit zum Forschungszentrum Generationenverträge und stellen in der Regel das Ergebnis mehrerer Forschungsvorhaben dar. In diesem Sinne können die zumeist kurz- bis mittelfristig angelegten konkreten Forschungsvorhaben als Etappen auf dem Weg zum Abschluss eines Dissertationsvorhabens betrachtet werden. Neben der originären Forschungstätigkeit hat sich das Forschungszentrum Generationenverträge das Ziel gesetzt, den andauernden Reformprozess im Bereich der sozialen Sicherung politikberatend mit jeweils aktuellen Analysen der durch Politik, Wirtschaft und Verbände in die Reformdebatte

eingebrachten Reformvorschläge zu begleiten. Zu diesem Zweck fertigt das Forschungszentrum Generationenverträge im Rahmen seiner Gutachtertätigkeit zumeist kurzfristig angelegte Studien für die genannte Zielgruppe an, in denen die vom jeweiligen Auftraggeber favorisierten Reformansätze bzw. erarbeiteten Reformkonzepte im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die Nachhaltigkeit der sozialen Sicherungssysteme untersucht werden. Darüber hinaus wird die unabhängige, wissenschaftliche Expertise des Forschungszentrums Generationenverträge von externen Auftraggebern auch bei kleineren Projekten in Anspruch genommen. Diese kleineren Projekte werden unter der Kategorie sonstige Projekte gebündelt.

Neben einer kurzen Erläuterung der Fragestellung, Ziele und Ergebnisse, gibt der nachfolgende Überblick auch Auskunft über den oder die bearbeitenden Mitarbeiter sowie über die Finanzierung bzw. den Auftraggeber eines Projekts.

## 5.1 Dissertationen

2006

### **Oliver Ehrentraut**

*Alterung und Altersvorsorge – Das deutsche Drei-Säulen-System der Alterssicherung vor dem Hintergrund des demografischen Wandels.*

Die Gewährleistung eines angemessenen Lebensstandards im Alter gehört zu den Grundpfeilern der sozialen Sicherung. Als wesentlichstes Ziel kann dabei die Einkommensumverteilung von der Erwerbs- in die Ruhestandsphase angesehen werden. Angesichts der demografischen Entwicklung ist die Realisierung dieses Ziels nicht ganz unproblematisch, da in alternden Gesellschaften die Versorgung der Rentnergenerationen eine ständig wachsende Herausforderung darstellt. Die Alterssicherung in Deutschland gründet sich auf dem so genannten Drei-Säulen-System, bestehend aus den gesetzlichen Renten und Pensionen des Staates, der betrieblichen und der privaten Altersvorsorge. Die Dissertation durchleuchtet dieses System der Alterssicherung vor dem Hintergrund des Alterungsprozesses in der deutschen Bevölkerung. Der Schwerpunkt der Untersuchung innerhalb der drei Säulen liegt dabei auf der künftigen Altersversorgung der sozialversicherungspflichtigen Arbeiter und Angestellten. Damit konzentriert sich die Arbeit auf die gesetzliche Rentenversicherung (GRV), die betriebliche Altersvorsorge mittels Entgeltumwandlung und die geförderte private Riesterrente.

Während die GRV umlagefinanziert ist, sind die anderen beiden Säulen im Wesentlichen kapitalgedeckt. Die Grundvoraussetzung für ein langfristig stabiles Umlageverfahren ist eine günstige Altersstruktur der Bevölkerung. Nun gibt es zwei grundsätzliche Arten von Veränderungen in der Bevölkerung, die das Umlageverfahren aus dem Gleichgewicht bringen können. Erstens fehlende Nachkommen und zweitens eine Verlängerung der Verweildauer in der Ruhestandsphase. In der deutschen Bevölkerung trifft seit mehreren Jahrzehnten beides zu. Die Geburtenraten sind seit den 1970er Jahren niedrig. Die Lebenserwartung der Menschen steigt. Zusammengenommen führt dies zu einem doppelten Alterungsprozess. In Deutschland leben daher künftig immer weniger junge und immer mehr alte Menschen, die zudem beständig älter werden. Für die Alterssicherung hat dies unmittelbare Konsequenzen. Eine für die Funktionsfähigkeit des Umlageverfahrens günstige Altersstruktur ist nicht mehr gegeben und wird selbst bei einer sofortigen Erhöhung der Geburtenraten in absehbarer Zeit nur schwer wieder erreichbar sein. In der Zwischenzeit ist der Alterungsprozess kaum aufzuhalten. Folglich ergibt sich für die gesetzliche Rentenversicherung ein Zustand, in der die Finanzierbarkeit der Renten in ihrer derzeitigen Form schlicht nicht mehr aufrecht erhalten werden kann. Zur Lösung der finanziellen Probleme aufgrund der fortschreitenden Alterung der Gesellschaft kann entweder an der Beitragsschraube gedreht werden oder am Leistungsniveau. Dabei ergibt sich stets ein Zielkonflikt zwischen einer zumutbaren Belastung der Beitragszahler vor dem Hintergrund der ohnehin schon hohen Abgabenbelastung der Löhne und Gehälter

und noch sozialpolitisch verantwortbaren Einschnitten in das Rentenniveau.

In den vergangenen Jahrzehnten sind mehrere weitreichende Reformen der gesetzlichen Rentenversicherung durchgeführt worden, die gleich beide Wege genutzt haben. Beginnend mit der Wiedereinführung der Bruttolohnanpassung der Renten im Jahr 2001 werden die wesentlichen Reformgesetze seit der Jahrtausendwende im Rahmen dieser Arbeit aus zwei Blickwinkeln untersucht. Zum einen unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit in der Finanzierung, zum anderen im Hinblick auf die künftige Entwicklung des Versorgungsniveaus der GRV. Zu diesen Reformen gehört neben der Rentenreform 2001 auch das im Mai 2004 verabschiedete Rentenversicherungsnachhaltigkeitsgesetz. Die damit erfolgte Neuordnung der GRV impliziert eine Lastverschiebung zwischen den drei Säulen des deutschen Alterssicherungssystems. So werden zukünftige Alterseinkommen nur noch zu einem deutlich geringeren Anteil aus der umlagefinanzierten Rentenversicherung kommen, dafür in stärkerem Ausmaß aus kapitalgedeckter betrieblicher (bAV) und privater Vorsorge (pAV) stammen müssen. Der Weg dazu ist parallel durch die Schaffung weitreichender Fördermöglichkeiten (z.B. Entgeltumwandlung und Riesterrente) geebnet worden. Die vorliegende Arbeit untersucht nun, ob das deutsche Alterssicherungssystem in seiner aktuellen Ausgestaltung angesichts der demografischen Entwicklung zukunfts- und leistungsfähig genug ist, um die Absicherung künftiger Rentnergenerationen zu gewährleisten.

## **Stefan Fetzer**

### *Zur nachhaltigen Finanzierung des gesetzlichen Gesundheitssystems.*

In den letzten 30 Jahren war das deutsche Gesundheitssystem von einer regelrechten Reformflut gekennzeichnet. Doch trotz dieser zahlreichen Gesetzesänderungen konnten die angestrebten Ziele *Kosten-senkung, Beitragssatzstabilität, Steigerung der Effizienz* und *Implementierung von Wettbewerb* – wenn überhaupt – nur sehr eingeschränkt verwirklicht werden. Langfristig ist die Finanzierung des gesetzlichen Gesundheitssystem zusätzlich noch durch den bevorstehenden doppelten Alterungsprozess und den anhaltenden medizinisch-technischen Fortschritt massiv gefährdet.

Unter Anwendung der Methode der Generationenbilanzierung wird in dieser Dissertation die langfristige finanzielle Schieflage der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) im Status quo quantifiziert. Darüber hinaus werden auch die Nachhaltigkeitskonsequenzen sowie die intergenerativen Verteilungswirkungen aktueller Gesundheitsreformmodelle (GKV-Modernisierungsgesetz, Freiburger Agenda, Kopfpauschale und Bürgerversicherung sowie die vollständige Privatisierung) analysiert.

In einem ersten Schritt wird in dieser Arbeit die fiskalische Nachhaltigkeit des Haushalts des gesamten deutschen Staates untersucht. Dazu wird zuerst die Methodik der Generationenbilanzierung zur Messung der fiskalischen Nachhaltigkeit eingeführt und darauf aufbauend gezeigt, dass der gesamte deutsche Staatshaushalt nicht nachhaltig ist. So zeigt bspw. der Indikator *Nachhaltigkeitslücke*, dass nur rund ein Drittel der

tatsächlichen Staatschuld momentan verbrieft ist – zwei Drittel sind hingegen unverbrieft. Der Indikator *Entwicklung der Schuldenquote* macht deutlich, dass eine solche Nichtnachhaltigkeit den fiskalischen Handlungsspielraum in den nächsten 30 Jahren erheblich einschränkt. Die Untersuchung des gesamten Staatshaushalts dient für die weiteren Kapitel als Basis, um die GKV in den Gesamthaushalt einzubetten.

Nach dem Blick auf den Gesamthaushalt wird in einem zweiten Schritt die Nachhaltigkeit der GKV isoliert von anderen staatlichen Budgets quantifiziert. Neben der bloßen Messung der Nachhaltigkeit der GKV als parafiskalisches System werden noch Besonderheiten des Gesundheitssystems erläutert. Diese umfassen die Auswirkung einer verlängerten Lebenserwartung auf die Leistungsanspruchnahme sowie den medizinisch-technischen Fortschritt. Die gewonnenen Erkenntnisse hinsichtlich der Nachhaltigkeitskonsequenzen dieser Besonderheiten werden anschließend in die Nachhaltigkeitsmessung des gesamten fiskalischen Sektors einbezogen.

Schließlich beschäftigt sich die Studie in einem vierten Schritt mit der Frage, inwiefern die aktuell diskutierten Gesundheitsreformen Nachhaltigkeit und damit die langfristige Finanzierbarkeit der gesetzlichen Gesundheitsversorgung herstellen können. Hier erweist sich die letzte durchgeführte Gesundheitsreform, das *GMG*, hinsichtlich der Nachhaltigkeitswirkung eher als „Tropfen auf den heißen Stein“ denn als die anfänglich gefeierte Jahrhundertreform. Eine ausgabenseitige Alternative, die so genannte *Freiburger Agenda*, zeigt hingegen, dass

durch wirklich marktorientierte Bemühungen – d.h. eine Kombination aus der Ausgliederung einfach versicherbarer Leistungen (Zahnmedizin), hohen Selbstbehalten und der Einführung von mehr Wettbewerb im stationären Sektor – Nachhaltigkeit im Gesundheitssystem hergestellt werden kann. Die Untersuchungen zu den intergenerativen Verteilungswirkungen machen zudem deutlich, dass eine solche Reform verursachergerecht belastend wirkt, da hier die Jahrgänge, die zu wenig Kinder und damit zu wenig zukünftige Beitragszahler in die Welt gesetzt haben, überproportional belastet werden.

Die einnahmeseitigen Reformkonzepte Bürgerversicherung und Kopfpauschale führen hingegen zu keiner strukturellen Nachhaltigkeitsverbesserung. Demgegenüber verhilft eine komplette Abschaffung der GKV bei sozialer Flankierung der privatwirtschaftlichen Prämien dem fiskalischen System durchaus zu mehr Nachhaltigkeit, was wiederum – wie beim Reformkonzept Freiburger Agenda – durch eine verursachergerechte Belastung erreicht wird.

## 5.2 Konkrete Forschungsvorhaben

### 5.2.1 Generationenbilanzierung

Laufende Forschungsvorhaben

#### **Ulrich Benz und Christian Hagist**

*Auswirkungen des Konjunkturzykluses auf die Ergebnisse der Generationenbilanzierung.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

In diesem Projekt soll die Sensitivitätsanalyse der Generationenbilanzierung neben den üblichen Zins- und Wachstumsszenarien um die Frage nach der konjunkturellen Komponente bzw. der Basisjahrabhängigkeit erweitert werden. Neben dem Ansatz von Fetzer (2006), welcher verschiedene Basisjahre miteinander vergleicht, kann dazu eine Konjunkturbereinigung des Basisjahrbudgets durchgeführt werden. Um dies durchzuführen, sind umfangreiche Rechenschritte mit Zeitreihen notwendig, zudem müssen Elastizitäten geschätzt werden. In einem ersten Papier sollen die nötigen Schritte klar dargestellt werden sowie die Frage grundlegend beantwortet werden, ob eine solche Budgetbereinigung aus empirischer Sicht notwendig bleibt.

### **Christian Hagist**

*Generationenbilanzierung unter stochastischen Bevölkerungsprojektionen.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

Ein oft genannter Kritikpunkt an der Generationenbilanzierung ist, dass sie sich auf deterministische Daten stützt und dabei Aussagen über die ungewisse Zukunft trifft, was eigentlich für eine stochastische Grundlage spricht. Diesen Kritikpunkt aufgreifend soll im Rahmen des Forschungsvorhabens ein stochastisches Bevölkerungsprognosemodell in die bestehende Software zur Berechnung der deutschen Generationenbilanz eingebettet werden. Auf dieser Basis soll dann sowohl die Robustheit der bestehenden Nachhaltigkeitsindikatoren im Hinblick auf stochastische Einflüsse analysiert werden, als auch die Palette der bestehenden Indikatoren ergänzt werden.

### **5.2.2 Simulationsanalyse**

Laufende Forschungsvorhaben

#### **Stefan Moog**

*Entwicklung eines Simulationsmodells zur Analyse der makroökonomischen Auswirkungen des demografischen Wandels.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

Im Rahmen des Forschungsprojekts wird in Kooperation mit Prof. Dr. Josef Honerkamp und seinen Mitarbeitern vom Freiburger Zentrum für Datenanalyse und Modellbildung (FDM) ein Simulationsmodell vom Typ der numerischen, allgemeinen Gleichgewichtsmodelle zur

Analyse der makroökonomischen Auswirkungen des demografischen Wandels entwickelt sowie die zur numerischen Simulation erforderliche Software implementiert. Mittels dieses Modells können die durch Reformmaßnahmen induzierten Verhaltensänderungen und deren Rückwirkungen auf die gesamtwirtschaftlichen Größen umfassend analysiert und quantifiziert werden. Die stilisierte Einbeziehung der Generationenbilanz in das Simulationsmodell ermöglicht dabei den Abgleich mit den Ergebnissen der anwendungsorientierten Nachhaltigkeitsanalyse. Schließlich erlaubt die Einbeziehung verschiedener Einkommensklassen auch eine umfassendere Analyse der intragenerativen Verteilungswirkungen von Reformmaßnahmen.

Im ersten Projektschritt wurde zunächst ein Modellprototyp entwickelt und in den Programmiersprachen C und MatLab implementiert. Das Augenmerk lag hierbei auf einer möglichst exakten Abbildung der staatlichen Steuer-, Transfer- und Sozialversicherungssysteme, welche eine umfassende Analyse der Rückwirkungen dieser Systeme auf die Verhaltensentscheidungen der Haushalte und Unternehmen erlaubt. Im zweiten Projektschritt wurde der Modellprototyp um die Einbeziehung mehrerer Einkommensklassen erweitert, so dass auch die Verteilungswirkungen von Reformmaßnahmen analysiert werden können. Diese ersten beiden Projektschritte wurden zum Ende des Jahres 2005 abgeschlossen. Im dritten Projektschritt soll der vorliegende Modellprototyp um die Einbeziehung des demografischen Übergangs erweitert werden. Erst hierdurch wird es möglich sein, die im Status quo, als auch durch

entsprechende Reformmaßnahmen induzierten volkswirtschaftlichen Auswirkungen des demografischen Wandels zu analysieren. Im vierten Projektschritt soll dann die Einbettung der Generationenbilanz in den Modellprototyp erfolgen.

### **Stefan Moog**

*Wohlfahrtseffekte und makroökonomische Auswirkungen aktueller Vorschläge zur Reform der gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

In der jüngeren Vergangenheit wurde in der öffentlichen Debatte intensiv über die durch die „Kommission für die Nachhaltigkeit in der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme“ (Rürup-Kommission) eingebrachten Vorschläge zur Reform der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung, die *Bürgerversicherung* und das *System pauschaler Gesundheitsprämien*, diskutiert. Während beide Reformmodelle die Überwindung der rein lohnbezogenen Erhebung der Beiträge zur GKV verfolgen und damit den Faktor Arbeit entlasten wollen, unterscheiden sie sich doch beträchtlich im Hinblick auf ihre Umverteilungswirkungen. Im System pauschaler Gesundheitsprämien wird die im gegenwärtigen System bestehende Umverteilungskomponente aus der GKV ausgelagert, und durch eine steuerfinanzierte Prämiensubvention ersetzt. Hingegen beinhaltet das Bürgerversicherungsmodell eine Verbreiterung der bestehenden Umverteilungskomponente in der GKV, da zum einen alle Bevölkerungsgruppen miteinbezogen werden sollen, und zum

anderen auch das Kapitaleinkommen der Versicherten verbeitragt wird. Ziel des Forschungsvorhabens ist es, die volkswirtschaftlichen Auswirkungen und die Wohlfahrtseffekte dieser Vorschläge zur Reform der Finanzierung der GKV in Deutschland im Rahmen eines numerischen, allgemeinen Gleichgewichtsmodells zu untersuchen. Darüber hinaus sollen auch Vorschläge zu einer Kapitaldeckung der GKV in die Analyse einbezogen werden. Durch die explizite Einbeziehung der Lebenszyklusrisiken hinsichtlich Erwerbsbiographie und Krankheit sollen dabei insbesondere die Versicherungs- und Verteilungsaspekte alternativer Reformvorschläge untersucht werden. Schließlich soll die Einbeziehung einer endogenen Krankenversicherungsentscheidung auch eine Analyse der Auswirkungen einer Reformmaßnahme auf die Versichertenstruktur ermöglichen.

### **5.2.3 Rentenversicherung**

Laufende Forschungsvorhaben

**Jasmin Häcker und Matthias Heidler**

*Intergenerative Fairness und demografischer Wandel.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

Ausgangspunkt dieser Forschungsarbeit ist die Inkompatibilität intertemporaler Wohlfahrtsmaximierung mit Politikempfehlungen, die auf eine Angleichung der Generationenkonto abstellen. Im Rahmen eines Modells mit zwei überlappenden Generationen kann mittels der Implementierung einer Fairness-Komponente gezeigt

werden, dass junge Individuen das umlagefinanzierte Rentenversicherungssystem an zukünftige demografische Veränderungen anpassen. Insbesondere wird aufgezeigt, dass die jeweils junge Generation ihre eigene Rente kürzt und damit das Umlageverfahren infolge eines Geburtenrückgangs ausphast. Mittels einer Simulation werden dazu jene Kosten berechnet, die den Individuen durch die Implementierung der Fairness-Komponente in ihrem Nutzen widerfahren. Aus Sicht der Individuen lassen sich diese Kosten nun durch eine Angleichung ihrer und der Generationenkosten ihrer Kinder erreichen. Damit kommt man zu dem Ergebnis, dass Politikempfehlungen, die sich auf Generationenkosten stützen, mit der intertemporalen Wohlfahrtsmaximierung vereinbar sind, wenn die Individuen gegenüber ihren Nachkommen „fair“ sind.

**Raluca Buia und Matthias Heidler**

*Steigende Lebenserwartung und interne Rendite der GRV – Eine Analyse mit Hilfe der Generationenbilanzierung.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

Dieses Projekt analysiert die Auswirkungen einer steigenden Lebenserwartung auf die Beitragssätze, das Renteniveau und die interne Rendite der gesetzlichen Rentenversicherung. Im Gegensatz zu den meisten bisherigen Renditeberechnungen berücksichtigt diese Studie Steigerungen der Lebenserwartung, die deutlich über die Annahmen der 10. koordinierte Bevölkerungsentwicklung hinaus gehen. Abschließend werden die Effekte einer Koppelung des gesetzlichen

Renteneintrittsalters an die fernere Lebenserwartung auf die Beitragsentwicklung und insbesondere die interne Rendite aufgezeigt.

## Abgeschlossene Forschungsvorhaben

2005

### **Matthias Heidler**

*How risky is the German Pension System? The Volatility of the Internal Rates of Return.*

Finanzierung durch Mittel des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft.

Diese Studie quantifiziert die Volatilität der internen Rendite der gesetzlichen Rentenversicherung. Dieses Risiko wird exemplarisch über den Lebenszyklus eines 1957 geborenen Durchschnittsindividuums analysiert und mit ausschließlich demografiebedingten Budgetanpassungen verglichen. Die Ergebnisse zeigen, dass das demografiebedingte Risiko deutlich geringer als die tatsächliche Volatilität ist. Darüber hinaus weist die Studie die zu erwartenden Renditen verschiedener Kohorten aus. Für die jüngsten männlichen Jahrgänge liegt die ex post Rendite bei null Prozent, wohingegen sie für Frauen deutlich positiv ist.

## 5.2.4 Gesundheitspolitik

Laufende Forschungsvorhaben

**Ulrich Benz, Christian Hagist und Stefan Moog**

*Gesundheitssicherung, demografischer Wandel und medizinisch-technischer Fortschritt*

Finanzierung durch Mittel der MLP AG

Dieses Projekt knüpft nahtlos an die vorangegangenen an und widmet sich vor allen den Wechselwirkungen zwischen den für den Ausgabenanstieg in der Zukunft verantwortlichen Faktoren stellen. Hierbei wird auf den Vorarbeiten von Fetzer (2005) und Hagist und Kotlikoff (2005) aufgebaut. Insbesondere der medizinisch-technische Fortschritt steht hierbei im Vordergrund. Zudem werden im Rahmen dieses Forschungsvorhabens aktuelle Reformoptionen für die gesetzliche Krankenversicherung durchleuchtet und auf ihre Wirkung hinsichtlich der Nachhaltigkeit oder bspw. der Verteilungswirkung untersucht. Ziel ist es zudem, das von Fetzer und Raffelhüschen (2005) erarbeitete Reformkonzept der Freiburger Agenda weiterzuentwickeln.

**Stefan Fetzner und Christian Hagist**

*Gesundheitssicherung im internationalen Vergleich*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

Neben dem Forschungsvorhaben „Nachhaltigkeit der sozialen Gesundheitsvorsorge im demografischen Wandel - ein internationaler Vergleich“, in dem vor allem OECD-Staaten im Fokus standen (siehe unten), untersucht das Forschungszentrum Generationenverträge auch die Gesundheitssysteme bzw. gesundheitsökonomischen Zusammenhänge anderer Länder und Systeme. Dabei wurde bspw. eine Generationenbilanz des russischen Gesundheitssystem vorgelegt. Russland stellt einen Extremfall der osteuropäischen Transformationsstaaten dar, in welchen aufgrund der Historie recht entwickelte Sozialsysteme gekoppelt mit einer alternden Bevölkerung auf ein relativ schwaches gesamtwirtschaftliches Fundament treffen. Des Weiteren gibt es eine Forschungsk Kooperation mit der Universität Bergen über das norwegische Gesundheitssystem. Hier wird auch an der Besonderheit des Staatsvermögens in Form von Ölreserven und die Konsequenzen für die langfristige Finanzierung der ausgeprägten sozialen Sicherungssysteme gearbeitet. Überdies hinaus wurde in Zusammenarbeit mit Prof. Kotlikoff von der Boston University eine Studie über den medizinisch-technischen Fortschritt und seine Quantifizierung in zehn OECD-Ländern angefertigt.

**Jasmin Häcker**

*Versicherungsmathematische Aspekte der Pflegeversicherung*

Finanzierung durch Mittel der IDEAL Lebensversicherung a.G.

Versicherungsmathematische Aspekte der Pflegeversicherung spielen insofern eine große Rolle bei der Absicherung der Pflegebedürftigkeit, als dass angesichts der momentan vorliegenden und zukünftig zu erwartenden fiskalischen Situation der gesetzlichen Pflegeversicherung sich entweder eine Teilkapitalisierungslösung einstellt, oder aber die GPV bleibt in ihrer jetzigen Finanzierungsform erhalten, muss dann in ihrem Leistungskatalog allerdings stark zurückgefahren werden, so dass eine private freiwillige Zusatzabsicherung unumgänglich wird. Unabhängig davon, welcher Fall eintreten wird, der kapitalgedeckten Absicherungsform wird zunehmende Bedeutung beizumessen sein. Um diese Finanzierungsform auf ein sicheres Fundament zu stellen, ist die Berücksichtigung der bislang wenig erforschten, speziellen „pflegeversicherungsmathematischen“ Aspekte bei der Prämienkalkulation entscheidend. So ist unter anderem die Bestimmung der kostentreibenden Faktoren bei der Pflegeabsicherung sowie deren finanzielle Auswirkungen ein Forschungsschwerpunkt im Rahmen dieses Drittmittelprojekts.

## Abgeschlossene Forschungsvorhaben

2006

### **Jasmin Häcker**

*Realwerterhaltende Dynamisierung von Pflegeleistungen.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

Seit ihrer Einführung ist die Leistungsvergütung der Pflegeversicherung in ihrer Höhe unverändert geblieben. Orientiert an der allgemeinen Preisentwicklung bedeutet dies eine reale Abwertung des Versicherungswertes. Im Rahmen dieses Forschungsvorhabens wurde anhand von Daten aus der Hilfe zur Pflege – jene Sozialhilfekategorie, die vor Einführung der Gesetzlichen Pflegeversicherung den Pflegefall abdeckte – ein Dynamisierungsparameter ermittelt, der dem Erhalt der Kaufkraft der Pflegeversicherungsleistungen dient. Zudem wurden die Auswirkungen der mittels diesen Faktors abgeleiteten kaufkrafterhaltenden Pflegeversicherungsleistungen auf die künftige Entwicklung des Beitragssatzes aufgezeigt.

### **Jasmin Häcker**

*Der Heimsog-Effekt – Auswirkungen auf die Finanzierungssituation der gesetzlichen Pflegeversicherung.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

Die der gesetzlichen Pflegeversicherung (GPV) endogen zugrundeliegende Variable eines veränderten Inanspruchnahmeverhaltens der Pflegeleistungen ist bislang nur wenig untersucht worden. Jegliche

Veränderungen im Inanspruchnahmeverhalten bei der Wahl der Art der Pflege von einer günstigeren hin zu einer teureren Versorgungsform gehen aber mit Auswirkungen auf die zukünftige Ausgabenentwicklung der GPV einher. Dabei ist ein verändertes Inanspruchnahmeverhalten bereits das Resultat der demografischen Entwicklung, möglicherweise verschärft durch sich verändernde Haushalts- und Familienstrukturen sowie eine zunehmende Erwerbsbeteiligung der Frauen. In welchem Ausmaß Veränderungen in den Pflegearrangements mit Ausgabensteigerungen einhergehen, wurde im Rahmen dieses Forschungsvorhabens untersucht.

2005

### **Jasmin Häcker**

*Pflegeversicherung im demografischen Wandel.*

Finanzierung durch Mittel des Verbandes der privaten Krankenversicherung.

Betrachtet man die gegenwärtige Sachlage sowie die zukünftigen Herausforderungen, mit denen die Pflegeversicherung konfrontiert ist und sein wird, so steht der dringende Handlungsbedarf außer Frage. Die Herausforderungen sind im Wesentlichen durch zwei Entwicklungen gekennzeichnet, nämlich durch die Demografie und durch die – bislang unterbliebene – Ausgabendynamisierung der Pflegeleistungen. In Anbetracht dieser Tatbestände wurden zwar unterschiedliche Reformbemühungen in die Wege geleitet, jedoch sind ihre Maßnahmen meist unzureichend, da sie nur ungenügend den demografischen Wandel berücksichtigen. Eine mögliche Alter-

native, wie vom Verband der privaten Krankenversicherungen e.V. vorgeschlagen, geht in Richtung einer Kooperationsbeziehung zwischen staatlichem und privatem Sektor, bzw. in Richtung einer (Teil-)Kapitalisierung. Im Rahmen dieser Studie soll daher untersucht werden, wie sich eine mögliche Kooperationsbeziehung gestaltet und inwiefern durch die (Teil-)Kapitalisierung eine nachhaltige Situation geschaffen werden kann. Hierfür wurden zwei Varianten des Vorschlags des Verbandes der privaten Krankenversicherungen e.V. analysiert. Dabei betrachtet die erste Variante das Einfrieren der Leistungsansprüche in der gesetzlichen Pflegeversicherung (GPV) und gleichzeitig die vollständige Absicherung der Dynamisierung in der privaten Pflegeversicherung (PPV). Die zweite Variante sieht demgegenüber vor, die Dynamisierung zwar innerhalb der GPV abzuwickeln, aber sämtliche sich daraus ergebende Defizite von der PPV ausgleichen zu lassen. Die Studie zeigt auf, dass mittels dieser Vorschläge die Pflegeversicherung zukunfts- und damit demografiefest gemacht werden kann.

### **Jasmin Häcker**

*Die interne Rendite der gesetzlichen Pflegeversicherung.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

Die Einführung eines jeden auf dem Umlageverfahren basierenden Systems verursacht – bei unterstellter Alterung der Bevölkerung – eine intergenerative Umverteilung zu Gunsten der *ersten Generationen* und zu Lasten jüngerer und nachwachsender

Generationen. Am Beispiel der Einführung der gesetzlichen Pflegeversicherung wurde im Rahmen dieser Forschungsarbeit unter Verwendung des Konzeptes der internen Rendite aufgezeigt, inwiefern die ersten Generationen einen *Einführungsvorteil* aus der Inkraftsetzung der gesetzlichen Pflegeversicherung als Umlageverfahren gezogen haben. Zudem wurde mit Hilfe eines Vergleichs der internen Renditen ermittelt, erstens, in welchem Ausmaß den einzelnen Generationen die Tilgung der impliziten Schuld aufgebürdet wird und zweitens, welche Kohorten an der Rückzahlung des *Einführungsgeschenks* beteiligt sind.

### **Christian Hagist**

*Nachhaltigkeit der sozialen Gesundheitsvorsorge im demografischen Wandel - ein internationaler Vergleich.*

Finanzierung durch Mittel der Techniker Krankenkasse.

Angesichts der Herausforderungen, die der demografische Wandel an die Volkswirtschaften der OECD-Staaten stellt, wird im Rahmen dieses Forschungsvorhabens eine transatlantische Vergleichsstudie von sozialen Gesundheitssystemen angefertigt. Innerhalb dieser Studie wird besonders auf die unterschiedlichen Verläufe der Alterung der Gesellschaften und die Hebelwirkung des medizinisch-technischen Fortschritts in den einzelnen Ländern eingegangen. So unterscheiden sich die Alterungsprozesse zwischen Ländern wie bspw. die USA auf der einen Seite, welche noch eine recht hohe Geburtenrate verzeichnen, und Japan mit einem klassischen

doppelten Alterungsprozess, der von einer niedrigen Geburtenrate und einer steigenden Lebenserwartung gekennzeichnet ist, auf der anderen Seite. Im Vordergrund der Vergleichsstudie steht vor allem die Beurteilung des Status quo und von Reformoptionen mit Hilfe von Generationenkonten. Die Studie soll einen möglichen Effekt der institutionellen Ausgestaltung eines staatlichen Gesundheitssicherungssystems dabei genauso quantifizieren wie die anderen genannten Effekte (demografischer Wandel und medizinisch-technischer Fortschritt). So verzeichnen rein steuerfinanzierte Systeme wie etwa in Schweden oder in Großbritannien in den letzten Jahren ein geringeres Kostenwachstum als bspw. Deutschland. Verbunden damit sind aber oft Effekte wie Wartelisten für Operationen oder ähnliches. Die Studie möchte einen Überblick hierüber geben und aufzeigen, wie das deutsche soziale Gesundheitssystem im internationalen Vergleich gerade auch im Bezug der Nachhaltigkeit steht.

## 5.2.5 Föderalismus

Laufende Forschungsvorhaben

### **Emily Phuong Dang**

*Zur Nachhaltigkeit der Länderhaushalte in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung von Personalverpflichtungen und Länderfinanzausgleich.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

Das innerhalb des Schwerpunktprogramms der Deutschen Forschungsgemeinschaft („Institutionelle Gestaltung föderaler Systeme: Theorie und Empirie“) geförderte Forschungsprojekt wird seit Ablauf der Förderungszeit im Oktober 2005 aus den Eigenmitteln des Forschungszentrums Generationenverträge finanziert. Die aus dem Projekt erarbeiteten Grundlagen wurden im Berichtsjahr in vielen Bereichen weiterentwickelt. So wurde bspw. das Basisprogramm zur Erstellung der Nachhaltigkeitsanalysen um verschiedene Nachhaltigkeitsindikatoren erweitert, welche die Anwendbarkeit in der Praxis und in der politischen Beratung erhöhen. Für das kommende Berichtsjahr sollen die Nachhaltigkeitsuntersuchungen auf die Gemeindeebene ausgeweitet werden. Dies ist deshalb von Interesse, da die Kommunen sich zunehmend verschulden, und die Frage geklärt werden soll, welche der beiden Verwaltungsebenen eine bestimmte fiskalische Situation zu verantworten hat. Zudem kann gleichzeitig eine Antwort darauf gegeben werden, ob die zunehmende Verschuldung der Länder- und

Gemeindeebenen demografisch induziert ist oder lediglich aus einer laxen Haushaltspolitik hervorgeht.

## Abgeschlossene Forschungsvorhaben

2006

### **Emily Phuong Dang**

*Die Schulden und Versorgungsverpflichtungen der Länder: Was ist und was kommt.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

Eine korrekte Einschätzung der tatsächlichen Staatsschuld erfordert, dass neben dem in der Statistik ausgewiesenen expliziten Schuldenstand auch die implizite Staatsschuld berücksichtigt wird. Im Falle der gesetzlichen Rentenversicherung bedeutet dies bspw., dass akkumulierte Schulden aus der divergierenden Einnahmen- und Ausgabenentwicklung sich bei fehlender Anpassung der Budgetseiten direkt in steigender Staatsverschuldung niederschlagen. Entsprechend gilt auf Länderebene, dass die offizielle Schuldenstatistik nur einen Teil der tatsächlichen fiskalischen Belastung der Länder abbildet. Analog zu den impliziten Leistungsversprechen der Rentenversicherung müssten auch die aus der Beamtenversorgung resultierenden unverbrieften Verpflichtungen der Schuldenstatistik zugerechnet werden. Diese zugesagten Leistungen beschneiden die Handlungsfähigkeit der Länder zunehmend, da sie einerseits stark ansteigen und andererseits die Finanzierungsmittel – die

Steuereinnahmen – mit dem abnehmenden Erwerbstätigenanteil sinken werden.

Ziel der Untersuchung war, die Belastung der Länder aus bestehenden Schulden und Versorgungsverpflichtungen zu quantifizieren und aufzuzeigen, welche Anteile der künftigen Steuereinnahmen dadurch beansprucht werden. Die Studie zeigt, dass die expliziten und impliziten Verpflichtungen der Länder insgesamt etwa ein Sechstel der zukünftigen Steuereinnahmen beanspruchen, wobei nur etwa ein Fünftel hieraus den expliziten Schulden zuzuschreiben ist. Darüber konnte gezeigt werden, dass die Rangfolge der Länder im Hinblick auf ihren expliziten Schuldenstand sich deutlich von der Rangfolge unterscheidet, die sich bei Berücksichtigung künftiger Steuereinnahmen und unter Einbeziehung der unverbrieften Verpflichtungen ergibt.

## 5.3 Gutachten

### 5.3.1 Rentenversicherung

Abgeschlossene Gutachten

2006

**Matthias Heidler und Arne Leifels**

*Adverse Selektion und Renteneintrittsalter - Ein Überblick.*

Im Auftrag des Norwegischen Finanzministeriums.

Diese Studie liefert einen Überblick über den aktuellen Forschungsstand zum Themenkomplex adverse Selektion und Renteneintrittsalter in gesetzlichen Rentenversicherungssystemen. Die Ergebnisse geben Aufschluss darüber, ob empirische Evidenz für adverse Selektion bezüglich des Renteneintrittsalter aufgezeigt werden kann oder ob andere Gründe für die Entscheidung über das Ruhestandsalter überwiegen.

### 5.3.2 Betriebliche und private Altersvorsorge

Laufende Gutachten

**Oliver Ehrentraut und Olaf Weddige**

*„Volkswirtschaftliche Auswirkungen der Auflösung von Pensionsrückstellungen“*

Im Auftrag der HDI Pensionsmanagement AG.

Das Projekt umfasst die wissenschaftliche Untersuchung einer unternehmensübergreifenden volkswirtschaftlichen Auswirkung der Auflösung von Pensionsrückstellungen aus den Bilanzen deutscher Unternehmen. Die betriebswirtschaftlichen Konsequenzen der Ausgliederung von Deckungsmitteln sind auf Unternehmensebene weitgehend erforscht bzw. im Einzelfall individuell zu untersuchen. Hingegen sind die gesamtwirtschaftlichen Folgen annähernd unbekannt. Aus volkswirtschaftlicher Sicht muss dabei eine Vielzahl von Effekten in die Betrachtung miteinbezogen werden, die in den einzelnen Projektschritten bearbeitet werden sollen:

- a. Auswirkungen der zukünftigen demografischen Entwicklung auf den Gesamtmarkt „Altersvorsorge“.
- b. Berechnung einer „Unternehmensgenerationenbilanz“.
- c. Analyse der Möglichkeiten und Auswirkungen der Auflösung von Pensionsrückstellungen und der Übertragung derselben auf externe Versorgungsträger.

- d. Bewertung der Auswirkungen einer vermehrten Kapitaldeckung auf gesamtwirtschaftliches Wachstum und Zinsentwicklung.

**Matthias Heidler**

*Die kirchliche und öffentliche Zusatzversorgung auf dem Prüfstand.*

Im Auftrag der Pax-Versicherungsdienst GmbH.

Gegenstand des Forschungsprojektes ist die Quantifizierung von Versorgungslücken im öffentlichen und kirchlichen Dienst für unterschiedliche Altersjahrgänge und Versichertenbiographien. Der daraus abgeleitete Vorsorgebedarf wird anschließend für unterschiedliche Sicherungsziele ermittelt. Parallel dazu wird die Passgenauigkeit des Leistungsangebots der freiwilligen Zusatzversorgung des öffentlichen und kirchlichen Dienstes analysiert. Im Besonderen führt die Studie eine vergleichende Analyse des Produktangebots der freiwilligen Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst und im kirchlichen Dienst am Beispiel der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder sowie der kirchlichen Zusatzversorgungskasse Darmstadt und Köln durch. Der Vorsorgebedarf im Rahmen der freiwilligen Zusatzversorgung soll dabei unter besonderer Berücksichtigung der steuerlichen Belastung bewertet werden.

## Abgeschlossene Gutachten

2006

### **Oliver Ehrentraut**

*Auswirkungen der Entgeltumwandlung auf die gesetzliche Rentenversicherung im Status quo sowie ab 2009.*

Im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen.

Das Gutachten konzentriert sich auf den Bereich der bAV, insbesondere der Entgeltumwandlung. Der Arbeitnehmer verzichtet dabei auf einen Teil seines Bruttoentgeltanspruchs, den sein Arbeitgeber zum Aufbau einer betrieblichen Altersvorsorge verwendet. Das Gutachten klärt in diesem Zusammenhang die Auswirkungen der seit 2002 bestehenden Sozialabgabenfreiheit für umgewandelte Arbeitsentgelte aus Sicht der gesetzlichen Rentenversicherung und aus Sicht der Versicherten. Dies umfasst sowohl die künftige Entwicklung des aktuellen Rentenwerts also auch die der daraus resultierenden Rentenleistungen. Eng mit diesen ausgabeseitigen Elementen verbunden ist die Frage, wie die Rentenversicherung in der Zukunft zu finanzieren ist, also wie sich der Beitragssatz entwickeln wird. Darüber hinaus wird untersucht, ob die Tatsache, dass Entgeltumwandlungen ab dem Jahr 2009 der Sozialversicherungspflicht unterliegen, negative Auswirkungen auf die Verbreitung der bAV haben wird. Des Weiteren zeigen die Berechnungen, unter welchen Bedingungen trotz der finanziellen Schieflage der sozialen

Sicherungssysteme eine Beibehaltung der Sozialversicherungsfreiheit der Entgeltumwandlung über das Jahr 2008 hinaus denkbar ist.

**Oliver Ehrentraut und Matthias Heidler**

*„arbeiten, leben, vorsorgen“: Studie zur betrieblichen Altersversorgung – Erwartungen und Planungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.*

Im Auftrag der Victoria Lebensversicherung AG.

Die Studie durchleuchtet die aktuelle Situation und Möglichkeiten der betrieblichen Altersvorsorge aus Sicht von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Zu diesem Zweck wurden ausgewählte Thesen anhand einer Arbeitnehmer- und einer Arbeitgeberbefragung überprüft. Die Ergebnisse bilden nicht nur den Status quo der betrieblichen Altersvorsorge in Deutschland ab, sondern bieten darüber hinaus wichtige Anhaltspunkte für die weitere Entwicklung.

**Oliver Ehrentraut und Jörg Schoder**

*Demografischer Wandel und betriebliche Altersvorsorge – Die Zusatzversorgung der Fraport AG bei der ZVK Wiesbaden.*

Im Auftrag der Fraport AG.

Eine Sonderform der betrieblichen Altersvorsorge stellt die Zusatzversorgung der Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst (ZöD) dar. Diese ist aber auch nach der 2001 erfolgten Umstellung vom Gesamtversorgungssystem zum Punktemodell überwiegend in Form des Umlageverfahrens organisiert. Allerdings muss dies hier nicht zwangsläufig zu Finanzierungsproblemen (wie bei der GRV)

führen, weil sich die Subpopulation der Mitglieder der ZöD nicht notwendig parallel zur Gesamtbevölkerung entwickeln muss. Denn für die Entwicklung des Kollektivs der ZöD-Mitglieder spielt die Einstellungspraxis der öffentlichen Hand/Unternehmen ebenso eine Rolle, wie die (Lebens-)Arbeitszeit im öffentlichen Dienst. Beide werden durch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung beeinflusst, die wiederum abhängig von der Demografie ist. Diese Interdependenzen und die zu erwartende Entwicklung der genannten Einflussfaktoren werden im Rahmen dieses Gutachtens untersucht, um abschätzen zu können, ob im Bereich der ZöD – aus Sicht einzelner Mitglieder wie der Fraport AG, Handlungsbedarf besteht.

### **5.3.3 Gesundheitspolitik**

Abgeschlossene Gutachten

2006

**Jasmin Häcker und Christian Hagist**

*Mehr Eigenverantwortung und Kapitaldeckung in der Kranken- und Pflegeversicherung.*

Im Auftrag der Initiative Finanzstandort Deutschland.

Die gesetzliche Krankenversicherung und die soziale Pflegeversicherung stehen vor tiefgreifenden Zukunftsproblemen. Der demografische Wandel der nächsten Jahrzehnte in Verbindung mit den bereits vorhandenen demografischen Lasten, der voranschreitende medizinisch-technische Fortschritt sowie steigende

Preise für Gesundheitsleistungen und damit einhergehende Beitrags-  
satzsteigerungen drohen die Finanzkraft der gesetzlichen  
Umlagesysteme zusehends zu überfordern. Grundsätzlich bieten der  
Gesundheitssektor in einer modernen und entwickelten Industrie-  
gesellschaft und der medizinisch-technische Fortschritt alle Chancen  
für einen großen und wichtigen Wachstumsmarkt. Diese Chancen  
können aber nur dann genutzt werden, wenn in diesem Sektor mehr  
Wettbewerb einzieht und auf mehr Eigenverantwortung und markt-  
wirtschaftliche Steuerungsmechanismen gesetzt wird. Im Rahmen  
dieser Studie werden unterschiedliche Vorschläge der Initiative  
Finanzstandort Deutschland, die sich auf das Problem der  
demografischen Lasten in der Finanzierung der Kranken- und Pflege-  
versicherung richten, auf ihre Nachhaltigkeit hin überprüft.

### **Stefan Moog**

*Sozialpolitisch motivierte Umverteilungsströme in der Gesetzlichen  
Krankenversicherung – eine empirische Analyse.*

Im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.

Eine Krankenversicherung dient in erster Linie der Absicherung der  
finanziellen Risiken einer Erkrankung. Da die Versicherungsleistung in  
einer Periode nur von einem Teil der Versicherten tatsächlich in  
Anspruch genommen wird, resultiert innerhalb einer Kranken-  
versicherung ein Umverteilungsstrom von den Gesunden zu den  
Kranken. Über diese versicherungstypische oder gesundheitspolitisch  
motivierte Umverteilung hinausgehend, ist das aktuelle System der

GKV durch zusätzliche, sozialpolitisch motivierte Umverteilungsströme charakterisiert. Hierzu zählt die Umverteilung zwischen den Geschlechtern, zwischen den Generationen, zwischen Familien und Single- bzw. Zweiverdiener-Haushalten sowie zwischen Beziehern von hohen und niedrigen (beitragspflichtigen) Einkommen.

Anknüpfend an das Jahresgutachten des Sachverständigenrats wurden in der vorliegenden Studie die auf die einzelnen Umverteilungsmotive entfallenden Anteile des gesamten sozialpolitisch motivierten Umverteilungsstroms innerhalb des heutigen Systems der GKV auf der Datenbasis des Jahres 2003 quantifiziert. Neben der Analyse der Umverteilungsströme zwischen ausgewählten Versichertengruppen, untersucht die Studie auch die Umverteilungsströme innerhalb der Gruppen der Pflichtversicherten, der freiwillig Versicherten und der Versicherten in der Krankenversicherung der Rentner (KVdR). Abschließend quantifiziert die Untersuchung die Verteilungswirkungen zwischen den Versichertengruppen für zwei alternative Szenarien zur Reform der Finanzierung der GKV quantifiziert. Zum einen wurde dabei ein System pauschaler Gesundheitsprämien betrachtet, das darauf abzielt wesentliche Anteile der sozialpolitisch motivierten Umverteilung aus der GKV auszulagern. Zum anderen wurde der aktuell diskutierte Vorschlag zur Einführung eines Gesundheitspools untersucht, der als Kompromissvorschlag zur Bürgerversicherung und zur Gesundheitsprämie in erster Linie auf die Stärkung des Wettbewerbs zwischen den gesetzlichen Krankenkassen untereinander sowie zwischen gesetzlichen und privaten Krankenversicherungsträgern abzielt.

## 5.4 Sonstige Projekte

### 5.4.1 Betriebliche und private Altersvorsorge

Laufende Sonstige Projekte

#### **Oliver Ehrentraut und Olaf Weddige**

*bAV-Barometer*

In Zusammenarbeit mit Tillinghast Towers Perrin.

Veröffentlichungen zum Thema bAV wurden bislang nur aus einer beschränkten Perspektive für wenige Zielgruppen angefertigt. Der Leser kann so immer nur einen Ausschnitt des Gesamtbildes wahrnehmen, meist stark geprägt durch vorgefasste Meinungen des Erstellers der Veröffentlichung und der punktuell erfassten Daten/ Meinungen. Ziel dieser Publikation ist es, einen neutralen Gesamtblick anzubieten, diesen aber durch verschiedene Brillen zu werfen und in einer derartigen Form ein Gesamtbild zeichnen zu können, das am Markt bislang nicht erhältlich ist. Nach der detaillierten Sicht durch alle „Brillen“, also der Meinungen von Arbeitnehmern bzw. deren Vertretern, Arbeitgebern, Vermittlern und Politik werden alle Themengebiete wieder zusammengeführt und eine Gesamtsicht auf das Thema bAV erstellt. Das bAV-Barometer soll dem Leser Auskunft darüber geben, wohin sich der Markt kurzfristig bewegt und womit mittelfristig zu rechnen ist, um sich rechtzeitig auf mögliche aber sehr wahrscheinliche Veränderungen einstellen zu können und den

Horizont von bisher wenigen Monaten auf mehrere Jahre zu erweitern. Diese Arbeit will eine mittelfristige Richtschnur bieten, gleichzeitig aber regelmäßig (jährlich) interessante neue Informationen und sich andeutende und verfestigende Trends aufzeigen.

## 6 Publikationen

### 6.1 Zeitschriften

#### 6.1.1 Referiert

2006

**Benz, Ulrich und Stefan Fetzer**, Indicators for Measuring Fiscal Sustainability: A Comparison of the OECD-Method and Generational Accounting, *Finanzarchiv*, erscheint demnächst.

**Häcker, Jasmin und Bernd Raffelhüschen**, Die interne Rendite der Gesetzlichen Pflegeversicherung, *Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft*, erscheint demnächst.

**Hagist, Christian und Claudia Pütz**, Optional deductibles in social health insurance systems: Findings from Germany, *European Journal of Health Economics*, erscheint demnächst.

#### 6.1.2 Andere

2006

**Hagist, Christian und Laurence Kotlikoff**, Health Care Spending: What the Future will look like, *NCPA Report*, No. 286.

2005

**Raffelhüschen, Bernd, Stefan Fetzer und Lara Slawik**, Wie viel Gesundheit wollen wir uns eigentlich leisten?, *ifo Schnelldienst* 58, Heft 18, 3 - 7.

**Ehrentraut, Oliver, Matthias Heidler und Bernd Raffelhüschen**, En route to sustainability: history, status quo, and future reforms of the German public pension scheme, *Intereconomics* 40, Heft 5, 254 - 257.

## 6.2 Diskussionsbeiträge

2006

**Häcker, Jasmin**, Zukünftige Pflege ohne Familie: Konsequenzen des Heimsog-Effekts, *Diskussionsbeiträge des Forschungszentrums Generationenverträge*, Nr. 11.

**Besendorfer, Daniel, Emily Dang und Bernd Raffelhüschen**, Die Schulden und Versorgungsverpflichtungen der Länder: Was ist und was kommt, *Diskussionsbeiträge des Forschungszentrums Generationenverträge*, Nr. 10.

**Mevis, Dirk und Olaf Weddige**, Gefahr erkannt – Gefahr gebannt? Nachhaltigkeitsbilanz der 15. Legislaturperiode des deutschen Bundestages 2002-2005, *Diskussionsbeiträge des Forschungszentrums Generationenverträge*, Nr. 9.

**Häcker, Jasmin**, Dynamisierung der Pflegeleistungen: Vergangenheit - Gegenwart - Zukunft, *Diskussionsbeiträge des Forschungszentrums Generationenverträge*, Nr. 8.

2005

**Kotlikoff, Laurence J. und Christian Hagist**, Who's Going Broke? Comparing Growth in Healthcare Costs in Ten OECD Countries, *Diskussionsbeiträge des Forschungszentrums Generationenverträge*, Nr. 7.

**Heidler, Matthias und Bernd Raffelhüschen**, How risky is the German Pension System? The Volatility of the Internal Rates of Return, *Diskussionsbeiträge des Forschungszentrums Generationenverträge*, Nr. 6.

**Häcker, Jasmin und Bernd Raffelhüschen**, Internal Rates of Return of the German Statutory Long-Term Care Insurance, *Diskussionsbeiträge des Forschungszentrums Generationenverträge*, Nr. 5.

**Hagist, Christian, Norbert Klusen, Andreas Plate und Bernd Raffelhüschen**, Social Health Insurance - The major driver of unsustainable fiscal policy?, *Diskussionsbeiträge des Forschungszentrums Generationenverträge*, Nr. 1.

## 6.3 Studien

2006

**Moog, Stefan und Bernd Raffelhüschen**, Sozialpolitisch motivierte Umverteilungsströme in der Gesetzlichen Krankenversicherung – eine empirische Analyse, *Studie im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*.

## 6.4 Dissertationen

2006

**Ehrentraut, Oliver**, *Alterung und Altersvorsorge – Das deutsche Drei-Säulen-System der Alterssicherung vor dem Hintergrund des demografischen Wandels*, Peter Lang.

**Fetzer, Stefan**, *Zur nachhaltigen Finanzierung des gesetzlichen Gesundheitssystems*, Peter Lang.

## 6.5 Buchbeiträge

**Raffelhüschen, Bernd und Jörg Schoder**, Ein neuer Generationenvertrag tut Not, in: Schwäbisch Hall-Stiftung (Hrsg.), *Kultur des Eigentums*, Springer, S. 91-95.

## 6.6 Sonstige

2006

**Fetzer, Stefan, Christian Hagist und Bernd Raffelhüschen**, Selbst drastische Reformen lassen Kassenbeiträge steigen, *Dentale Implantologie & Parodontologie*, Heft 1, Februar 2006, S. 40-42.

**Häcker, Jasmin und Bernd Raffelhüschen**, Soziale Pflegeversicherung – Quo Vadis?, *VersicherungsJournal extra*, 4/2006, S. 4-5.

**Moog, Stefan**, Fremde Federn: Gesundheitssoli greift zu kurz, *Südwest Presse* u.a., 6.5.2006.

2005

**Heidler, Matthias und Olaf Weddige**, Und bist Du nicht willig: Die Zwangsrente wird der Individualität der Anleger nicht gerecht, *Private Vorsorge*, Verlagsbeilage zur Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 25.10.2005.

**Kotlikoff, Laurence J. und Christian Hagist**, Who's Going Broke? Comparing Growth in Healthcare Costs in Ten OECD Countries, *NBER Working Paper* Nr. 11833.

**Weddige, Olaf**, Die Auswirkungen der demografischen Veränderungen auf die sozialen Sicherungssysteme, in: Deutsches Rotes Kreuz (Hrsg.), Dokumentation der Tagung „Der demografische Wandel“ vom 25. bis 26.10.2005 in Berlin.

## 7 Auslandsaufenthalte und Konferenzen

### 7.1 Konferenzen

#### **Emily Phuong Dang**

Finanzwissenschaftliches Forschungskolloquium, 30.06.2006, Ludwigs-Maximilians-Universität, München.

*Teilnahme ohne Vortrag.*

Konferenz des DFG-Schwerpunktprogramms „*Institutionelle Gestaltung föderaler Systeme: Theorie und Empirie*“, 28.-30. Juli 2005, Regensburg.

*Vorgetragenes Papier: Die Pensionslasten der Länder: Status quo und Entwicklung.*

#### **Christian Hagist**

6<sup>th</sup> European Conference on Health Economics, Budapest, 06.–09.07.2006.

*Vorgetragenes Papier: „Who's Going Broke? Comparing Growth in Healthcare Costs in Ten OECD Countries“.*

Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Bonn, 27.–30.09.2005.

*Vorgetragenes Papier: „(Teil-)Privatisierung mit sozialer Flankierung - Ein geeignetes Mittel zur langfristigen Sicherung der Gesundheits- und Pflegevorsorge?“.*

#### **Jasmin Häcker**

Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Bonn, 27.–30.09.2005.

*Teilnahme mit Papier: „(Teil-)Privatisierung mit sozialer Flankierung - Ein geeignetes Mittel zur langfristigen Sicherung der Gesundheits- und Pflegevorsorge?“.*

European Conference on Long-Term Care, ZEW Mannheim, 21.-22.10.2005.

*Vorgetragenes Papier: „On the Inclusion of Dementia Patients into Compulsory LTC- Insurance in Germany – A Sustainable Step?“.*

#### **Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen**

Bei einer Reihe von Vorträgen referierte der Institutsleiter in den Jahren 2005 und 2006 über die Nachhaltigkeit der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung sowie über die wirtschaftspolitische Gesamtlage. Aufgrund der Vielzahl an Vorträgen wird von einer spezifischen Auflistung abgesehen.

## 8 Fachreferate und Politikberatung

### **Emily Phuong Dang**

Externe Sachverständige bei der Anhörung des Ausschusses für Finanzen des Landtags Brandenburg zum Bericht der Landesregierung „Demographischer Wandel in Brandenburg – Erneuerung aus eigener Kraft“, 1.3.2006, Potsdam.

Referentin bei der Klausurtagung der CDU-Fraktion Brandenburg am 6. / 7.03.2006, zum Thema Nachhaltigkeit des Landeshaushaltes Brandenburg, Templin.

Referentin bei der Fachveranstaltung der CDU-Landtagsfraktion Nordrhein -Westfalen am 17. August 2006 zum Thema Generationenbilanz und nachhaltige Finanzpolitik, Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.

### **Oliver Ehrentraut**

Sachverständiger beim Workshop Entgeltumwandlung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen am 14. Juni 2006, Deutsche Rentenversicherung Rheinland, Düsseldorf.

### **Jörg Schoder**

Evaluierung verschiedener Reformkonzepte zur Integration der Wohnimmobilie in das AVmG für die CDU im ersten Halbjahr 2006.

Präsentation und Diskussionsrunde zur Integration der Wohnimmobilie in das AVmG bei der Bausparkasse Schwäbisch-Hall am 6.3.2006.

## 9 Medienpräsenz

### 9.1 Fernsehen

#### **Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen**

**Phoenix tv** (18.5.2006)

**Berlin direkt** (30.4.2006)

**Der Mittag bei n-tv** (27.4.2006)

**Berlin Mitte**, ZDF (16.3.2006, 2.2.2006)

**Monitor**, WDR (16.3.2006)

**Panorama**, NDR (9.3.2006)

**heute-Journal**, ZDF (8.3.2006, 2.2.2006, 26.8.2005)

**SAT 1 News** (8.3.2006)

**Tele-Akademie**, Südwestfernsehen (19.2.2006)

**WISO**, ZDF (9.1.2006, 5.12.2005)

**Fakt**, ARD (2.1.2006)

**Bericht aus Berlin**, ARD (20.11.2005, 13.11.2005)

**Report**, ARD (19.9.2005)

#### **Christian Hagist**

**Ländersache**, SWR (01.09.2005)

**Der Tag**, Hessen 2 (16.03.2006)

## 9.2 Zeitungen und Zeitschriften

### Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen

Rhein-Neckar-Zeitung (27./28.5.2006)

Fränkische Nachrichten (27.5.2006)

Frankfurter Allgemeine Zeitung (28.4.2006, 1.10.2005)

Focus Money (26.4.2006)

Münchener Rück, Topics (1/2006)

Die Tagespost (6.4.2006)

Süddeutsche Zeitung (11.2.2006)

Flensburger Tageblatt (9.2.2006)

Business Banking Magazin, Deutsche Bank (Februar 2006)

Welt am Sonntag (5.2.2006)

Die Welt (3.2.2006, 5.9.2005)

Spiegel online (2.2.2006)

ProFirma (Februar 2006)

Dentale Implantologie & Parodontologie (Februar 2006)

(zusammen mit Stefan Fetzer und Christian Hagist)

Westfalen-Blatt (27.1.2006)

Wetzlarer Neue Zeitung (26.1.2006)

Kurier am Sonntag (22.12.2006)

Aktiv (Nr. 2, 21.1.2006, Nr. 1, 7.1.2006)

Stuttgarter Zeitung (20.1.2006, 7.9.2005)

Bild (20.1.2006, 17.1.2006, 16.1.2006)

Rheinische Post (16.1.2006, 14.9.2005)

Unternehmermagazin (11/12-2005)

Guter Rat (12/2005)

DWS Fondsjournal (Herbst 2005)

Versicherungsmagazin (12/2005)

**Osnabrücker Zeitung** (11.11.2005)

**Cash.Spezial** (2005)

**Für Sie EXTRA** (21/2005)

**Osnabrücker Sonntagszeitung** (18.9.2005)

**Thüringer Allgemeine** (17.9.2005)

**Aktueller Wirtschaftsdienst für Apotheker** (15.9.2005)

**Aachener Zeitung** (12.9.2005)

**Pflegezeitschrift** (September 2005)

**Schongauer Nachrichten** (7.9.2005)

## **Stefan Fetzer**

**Dentale Implantologie & Parodontologie** (Februar 2006)

(zusammen mit Christian Hagist und Bernd Raffelhüschen)

## **Christian Hagist**

**Dentale Implantologie & Parodontologie** (Februar 2006)

(zusammen mit Stefan Fetzer und Bernd Raffelhüschen)

## **Matthias Heidler**

**Frankfurter Allgemeine Zeitung** (25.10.2005) (zusammen mit Olaf Weddige)

## **Stefan Moog**

**Südwestpresse, u.a.** (6.5.2006)

## **Olaf Weddige**

**Frankfurter Allgemeine Zeitung** (25.10.2005) (zusammen mit Matthias Heidler)

## 10 Ausblick

Nachdem die Bundesregierung bislang die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen konnte, steht den politischen Entscheidungsträgern nach der parlamentarischen Sommerpause ein heißer Herbst bevor. Nicht nur die Vorstände der gesetzlichen Krankversicherer üben offen Kritik am Gesundheitsfondsmodell. Auch innerhalb der Regierungsparteien werden Stimmen laut, die Änderungen oder sogar eine Abkehr von der beschlossenen Gesundheitsreform fordern.

Wie bereits in der Vergangenheit hat das Forschungszentrum Generationenverträge in einer aktuellen Studie die Konsequenzen des Gesundheitsfondskonzepts untersucht und dabei aufgezeigt, dass dieser Vorschlag auf eine Entlastung der gesetzlich versicherten Rentner hinausläuft. Dies ist nicht per se problematisch. Kritisch ist allerdings, dass diese Versichertengruppe bereits heute massiv durch die pflicht- und freiwillig versicherten Arbeitnehmer und Angestellten subventioniert wird. Inwiefern hiermit, angesichts der Alterung der Gesellschaft, ein nachhaltiges Konzept zur Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung vorgelegt wurde, muss letztlich jeder Bürger selbst entscheiden. Für das Forschungszentrum Generationenverträge bedeutet der beschlossene Kompromiss, dass die Gesundheitspolitik auch zukünftig einen zentralen Platz auf der Forschungsagenda einnehmen wird, denn mit der nächsten Reform ist in naher Zukunft zu rechnen.

Neben der Gesundheitspolitik wird der Schwerpunkt der betrieblichen und privaten Altersvorsorge wie bereits im vergangenen Berichtsjahr auch zukünftig einen zentralen Platz auf der Forschungsagenda besetzen. Dies ergibt sich schlichtweg aus der wachsenden Bedeutung dieser Säulen der Alterssicherung. Darüber hinaus werden natürlich auch die anderen Forschungsschwerpunkte nicht vernachlässigt. So steht mit der Reform der Unternehmens- und Kapitalbesteuerung eine politische Entscheidung an, die maßgeblich den weiteren Verlauf der kurzfristigen, konjunkturellen Entwicklung, im Besonderen aber auch das langfristige Wachstumspotential der deutschen Volkswirtschaft beeinflussen können. Gleichermaßen kann ein Erfolg bei der Föderalismusreform durch die Entflechtung der fiskalischen Ebenen und eine Stärkung des Subsidiaritätsprinzips nachhaltig den politischen Entscheidungsprozess beschleunigen. Natürlich werden auch die Weiterentwicklungen in den methodischen Schwerpunkten der Generationenbilanzierung und der Simulationsanalyse zukünftig weitergeführt. Sowohl die Einbeziehung einer stochastischen Bevölkerungsprojektion in die Generationenbilanzierung als auch deren Einbettung in das Simulationsmodell werden neue Erkenntnisse im Hinblick auf die Nachhaltigkeit zukünftiger Reformanstrengungen ermöglichen.

Schließlich wird die Tätigkeit des Forschungszentrums Generationenverträge, neben den Entwicklungen in der Forschung, im kommenden Berichtsjahr maßgeblich durch die Einrichtung des Weiterbildungsstudiengangs *MBA Estate Planning* geprägt werden. Durch die Einrichtung dieses Masterstudiengangs wird das

Forschungszentrum Generationenverträge, in Zusammenarbeit mit dem *Lehrstuhl für Betriebswirtschaftliche Steuerlehre* (StB Prof. Dr. Kessler) und dem *Lehrstuhl für Finanzwirtschaft und Banken* (Prof. Dr. Rehkugler) der Wirtschafts- und Verhaltenswissenschaftlichen Fakultät, sowie dem *Institut für Handels- und Wirtschaftsrecht* (Prof. Dr. Blaurock) und dem *Institut für Ausländisches und Internationales Privatrecht* (Prof. Dr. Merkt) der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, ein über das bestehende Lehrangebot hinausgehendes berufsbegleitendes und interdisziplinäres Weiterbildungsangebot schaffen, mittels dem der Wissenstransfer zwischen Forschung und Praxis forciert werden soll.

Neben dem Vermögensaufbau und der Vermögenssicherung behandelt der Studiengang vor allem auch die Vermögensübertragung. Mit der besonderen Ausrichtung des Studiengangs auf die Vermögensnachfolge im Bereich mittelständischer Unternehmen soll eine Nische besetzt werden, die in Anbetracht der bereits heute bestehenden Probleme zukünftig an praktischer Bedeutung gewinnen wird. Daher richtet sich dieses Weiterbildungsangebot insbesondere an Mitarbeiter und Angestellte von Firmen aus den Branchen Banken, Versicherungswirtschaft und Finanzdienstleistungen, sowie an beratende Berufe und Mitarbeiter von Stiftungen.

Entsprechend der berufsbegleitenden Ausrichtung wird der Studiengang so angelegt sein, dass er in wesentlichen Teilen von zuhause oder vom Arbeitsplatz aus absolviert werden kann. Hierzu sieht das didaktische Konzept des Studiengangs teletutoriell betreute

e-Learning-Phasen vor, in denen die Studierenden die Lerninhalte vor- und aufbereiten, so dass sich diese mit den Präsenzveranstaltungen zu einer Einheit verbinden. Als ersten Erfolg kann die lehrstuhlübergreifende Arbeitsgruppe für diesen Masterstudiengang für sich verbuchen, dass das erarbeitete Konzept in das Förderprogramm *Master Online* des Landes Baden-Württemberg aufgenommen wurde. Nach diesem ersten Erfolg sieht die weitere Planung der Arbeitsgruppe vor, dass der Weiterbildungsstudiengang *MBA Estate Planning* seinen Betrieb zum Wintersemester 2007/2008 aufnehmen wird.





FORSCHUNGS  
ZENTRUM  
GENERATIONEN  
VERTRÄGE



Forschungszentrum Generationenverträge

Bertoldstraße 17 (Eingang Brunnenstraße)

79098 Freiburg

Fon 0761. 203 23 54

Fax 0761. 203 22 90

[www.generationenvertraege.de](http://www.generationenvertraege.de)

[info@generationenvertraege.de](mailto:info@generationenvertraege.de)